

A n t r a g

des

WIRTSCHAFTS- UND FINANZ-AUSSCHUSSES

über den Antrag gem. § 34 LGO 2001 des Abgeordneten Hauer betreffend Abwicklung der „Aktion 20.000“ in Niederösterreich.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die Landesregierung wird ersucht im Sinne der Antragsbegründung bei der weiteren Umsetzung der „Aktion 20.000“ darauf hinzuwirken, dass in Niederösterreich die Koordination und die Abwicklung von Beschäftigungsverhältnissen im Rahmen der „Aktion 20.000“ über die in Niederösterreich bestehende und bewährte Trägerorganisation „Verein Jugend und Arbeit“ organisiert wird und damit für eine bestmögliche Begleitung der betroffenen Zielgruppe gesorgt wird.
2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag Ltg.-1431/A-2/11-2017 miterledigt.“

GRUBER
Berichterstatterin

HINTERHOLZER
Obfrau